

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.B.G.m.b.H., Halle, Ferdinandsstraße 14

Herausgeber: Otto Kilian

Abonnementspreis: 9 Gulden pro Jahr, d. h. 18 Mark. Einzelhefte 1,50 Mark. Postzuschlag 10%. Halle, Ferdinandsstraße 14. Tel. 1045, 1047, 1051. Telegramm-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank Halle. Verlagskonto: Postkonto 1008 48 Fritz Arndt Halle

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 28. Oktober 1924

4. Jahrgang • Nr. 202

Auf jeden Schlag zehn Gegenschläge!

7000 proletarische Gefangene — 70000 neue Mitglieder

„Die radikalen Elemente sollten durch die Neuwahlen ausgeschaltet werden.“
(Aus dem Wahlauftrag der Marx-Strosemann-Jarres-Regierung.)

Nur weit über 7000 proletarischen Opfern der Klassenjustiz und täglichen weiteren Justizhansarbeiten gegen proletarische Kämpfer ist gegen sämtliche kommunistischen Reichstagsabgeordneten Haftbefehl und Streikverbot erlassen zur Verhinderung oder Erschwerung des Wahlkampfes.

In der Woche vom 2. bis 9. November veranstaltet die Partei eine großartige Werbekampagne. Das Ziel ist: Als Antwort auf 7000 Inhaftierte 70 000 neue Kämpfer im Rahmen der kommunistischen Partei. Die Partei, einheitlich und geschlossen auf dem Boden der Erfahrungen aller Niederlagen, wird mit unbegrenzter Energie an die Werbestreitigkeiten und die gestellte Aufgabe gehen. Die Werbestreitigkeiten werden in der Voraussicht unserer Erfolge am 7. Dezember sein.

Mit der dagewesenen Mut führt die deutsche Bourgeoisie den Kampf gegen die Partei des Proletariats. Die bürgerliche Gesellschaft weiß, daß ein allgemeines Parteiverbot die Stärkung des kommunistischen Einflusses unter den ausgebeuteten und entrechteten Volksmassen bedeuten würde. Deshalb wendet man „zivilisierte“, „zivilisiertere“ Methoden an. Die deutsche Morgan-Regierung proklamiert in einem Wahlauftrag den Kampf gegen die „radikalen Elemente“, das heißt gegen das revolutionäre Proletariat und seine Partei. Gleichzeitig werden Schauererzählungen über Cholera- und Typhusbazillen, über Puffelherdzentralen und andere „Unlügen“ verbreitet. Massenverhaftungen von Kommunisten, Haftbefehle gegen sämtliche 62 kommunistischen Reichstagsabgeordneten sollen das revolutionäre Proletariat vom Kampfe gegen die Verelendung abschrecken. Die Wahlen zum Reichs- und Landtag sollen zu

Zuchthauswahlen

gemacht werden. Die Partei soll vernichtet werden. Ihr revolutionärer Glanz soll gelöscht werden. Die Ergebnisse der proletarischen Massen für die Sache der Revolution soll durch den Terror der Justiz und der Verwaltungsmaschinerie in dumpfe Passivität umgewandelt werden.

Aber die Bourgeoisie und ihre Sozialdemokratie sind elend auf dem Holzwege. Keine Unterdrückung, keine Zuchthausstrafe, kein Verbot kann die kommunistische Bewegung auch nur einen Moment erschüttern. Selbst der brutale Terror kann die deutsche kommunistische Partei nicht mehr in ihrer zielbewussten Arbeit, der Organisierung der proletarischen Revolution, hemmen. Die KPD von 1924 ist nicht mehr die KPD von 1923. Die Lehren des Oktober haben die Partei zu der kühnsten bolschewistischen Partei gemacht, die das Proletariat zum Sieg und zur Macht führen wird.

Und deshalb: Die kommunistische Partei läßt sich nicht einen Moment in die Defensive drängen. Und gerade jetzt, wo die bürgerliche Gesellschaft mit ihren sozialdemokratischen Katastrophen die Partei und den Einfluß des Kommunismus unter den Ausgebeuteten austrotzen wollen, gerade jetzt ertönt der Ruf an alle Kommunisten:

Vorwärts zur Gegenoffensive gegen das Kapital und den Reformismus!

Die gesamte Partei hat für die Woche vom 2. bis 9. November zu einer großartigen Werbekampagne „Amnestieaufgebot“ aufgerufen. 70 000 Proletarier sollen eingereicht werden in die Partei!

Für jeden eingekerkerten Arbeiter zehn neue kommunistische Kämpfer!

Kommunisten! Kommunistinnen! Es gilt, die energiegeliche Werbestreitigkeiten zu leisten, die überhaupt nur denkbar ist. Es gilt, der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Katastrophen zu zeigen, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung wie eine Hydra ist: Schlägt man einen Kopf ab, so wachsen zehn neue Köpfe hervor!

Täglich müßt Ihr Euch fragen: Wieviel neue Genossen sind heute gewonnen? Bedeutet: Das Amnestieaufgebot soll der

Aufstakt zur Wahlkampagne

sein. Je größer der Erfolg des Amnestieaufgebots, desto größer der Wahlerfolg!

Proletarier! Proletarierinnen! Habt Ihr schon daran gedacht, daß Ihr nur dann erfolgreich gegen Eure Klassengegner kämpfen könnt, wenn Ihr Euch in die Reihen der kommunistischen Partei einreicht? Seid Ihr Euch klar, daß die Bourgeoisie den wütendsten Kampf gegen den Kommunismus nur deshalb führt, weil er die einzige Gefahr für das Ausbeuterpad darstellt?

Habt Ihr das verstanden, dann

Einmütig in die kommunistische Partei!

Mobilisiert das Proletariat zum Wahlkampf im Zeichen des blutroten Sowjetbanners!

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirk Halle-Merseburg



Für 1 Gefangenen — 10 neue Parteimitglieder!

Severing hält den Belagerungszustand aufrecht!

Die Polizei soll „unnachlässig“ einschreiten, — Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel bleiben verboten.

Der amtliche preussische Pressebericht teilt mit: „Der preussische Minister des Innern hat zur polizeilichen Sicherung der Wahlvorbereitungen und Wahlverfahren in einer Rundverfügung an die Bezirkspräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeiverwaltungen des Polizeiverwaltungsbereiches zur Kenntnis gegeben, daß er allen Umständen mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Sobald auch nur der geringste Anlaß zu der Belagerung besteht, daß es zu erheblichen Störungen kommen könnte, haben die Polizeiverwaltungen alle zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung gebotenen Maßnahmen zu treffen und nötigenfalls rechtzeitig die Geltung der erforderlichen Polizeiverordnungen zu beantragen. Störungsvorfälle in den Versammlungen selbst sollen ebenfalls mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt und die Veranstaltung im Gebrauch ihres Hausrechts unterbunden werden. Gegen Polizeiverwaltungen, die es an den erforderlichen und möglichen Schutzmaßnahmen fehlen lassen, wird unmissverständlich einschreiten angeordnet.

Die Notwendigkeit einer wirksamen Durchführung dieser Anordnung gestattet es nicht, die Kräfte der Polizei zu verzetteln

durch Sicherung von Umzügen oder Versammlungen unter freiem Himmel, die sich in den letzten Monaten durch das Wirftreten der verschiedenen Organisationen in Form von Frauenmessen, deutschen Tagen, republikanischen Tagen usw. beträchtlich vermehrt haben. Der Minister, der übrigens vor einigen Wochen schon beim preußischen Staatsministerium im Sinne einer Aufhebung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vorliegend geworden war, wird aus den vorliegenden Gründen keine eigene Verordnung vom 24. Juli 1923 bis zum Wahltag aufrecht erhalten. Die Verordnung, die während der Belagerung des Ausschreitens ihre Bedeutung verloren hat, beschneidet sich auf das

Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel und hat sich bisher, besonders in bewegten Zeiten, als eine wirksame Vorbeugungsmaßnahme im Interesse aller Parteien erwiesen.“

Wir haben bereits gestern, als die Meldung von der sogenannten „Aufhebung des Belagerungszustandes“ durch Ebert vorlag, darauf hingewiesen, daß die bürgerliche Republik natürlich nicht auf ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der kommunistischen Partei verzichten wird. Wir haben festgestellt, daß dieser Ebert-Ertrag nur ein äußerliches Scheinmanöver ist. Das bestmögliche Ergebnis ist nun der Seeringische Belagerungszustand getreten.

Unbestimmt läßt sich der Sozialdemokrat Severing über das verfassungsgemäß garantierte Recht des freien Wahlkampfes hinweg. Er dekretiert verächtliche Polizeibefehle, verbietet Umzüge unter freiem Himmel. Natürlich „im Interesse aller Parteien“. Herr Severing meint aber aller „fauchschreienden“ Parteien. Denn daß seine Verfügung „Ausnahmebestimmungen“ für die kommunistische Partei schafft, darüber kann kein Zweifel bestehen. Sie haben den Zweck, unter der Partei den Wahlkampf noch mehr zu erschweren. Was Herr Severing in Dresden tut, das tut kein Parteigenosse Held! In Sachsen ebenso wie die schändlichen Landesregierungen in Mecklenburg, Thüringen, Bayern und Württemberg.

So unterstützen die Polizeiminister und Sozialdemokraten aller Länder auf wirksame Art und Weise die Justizoffensive gegen die Kommunisten. Mit vereinten Kräften arbeiten sie alle daran, das rote Geleit im nächsten Wahlkampf niederzuknüppeln.

Die kommunistische Partei fürchtet diesen Generalangriff ihrer vereinten Gegner nicht. Sie läßt sich nicht einen Augenblick in ihrer Aktivität hemmen. Das Werbestreitigkeiten der Partei setzt, doch sie mit ungemachter Schlagkraft zum Gegenangriff übergeht. Trotz Knebel, trotz Seering! Trotz Ausnahmesituation und Justizmob!

Reichstagsabgeordneter Genosse Kenzler verhaftet!

Kurz vor Redaktionsschluss meldet WZB: Mannheim, 28. Oktober. — Radiomeldung. Der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Georg Kenzler ist heute hier verhaftet worden.

In der freiesten Republik der Welt

Belagerung des Genossen Bentwisch, 3. u. 28. Oktober.

Die Polizei verurteilt, unseren Reichstagsabgeordneten, Genossen Bentwisch, zu verhaften. Sie kam aber zu spät, denn Genosse Bentwisch hat sich bereits auf Reisen begeben.

Bekanntlich hat der Reichspräsident den Belagerungszustand aufgehoben, damit eine der Weimarer Verfassung würdige Wahl nach demokratischen Grundgesetzen, unbegrenzt von jeder Zensur, stattfinden kann. Die Verurteilung des Genossen Bentwisch zeigt neben der Verurteilung der anderen Reichstagsabgeordneten, wie die Wahlfreiheit für Kommunisten aussieht. Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist nichts weiter als ein Klapp, dazu bestimmt, unbegrenzte Genüsse für die Mittelparteien einzulangen. Wir Kommunisten werden trotz der Verurteilungen unseren Weg unbeirrt weiter gehen und gerade durch diesen Terror den Wahlkampf siegreich bestehen.

Polizeiaktion gegen die Bergischen Kommunisten

(Eig. Drahtm.) Remscheid, 28. Oktober. Gestern wurde der Redakteur der „Bergischen Volksstimme“ auf der Redaktion von Kriminalbeamten verhaftet und nach Elberfeld transportiert. Ueber den Grund der Verhaftung ist nichts bekannt.

(Eig. Drahtm.) Solingen, 28. Oktober. Kriminalbeamte nahmen in einer Reihe von Arbeiterwohnungen in Wald Hausdurchsuchungen vor, angeblich um Waffen zu finden. Es wurde nichts gefunden.

Severing wartet vor seiner Schupo!

Severing über Gefangenemishandlung bei der Polizei — Wer ist schuldig?

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Oktober.

Zur Eröffnung der „Volkswehrschützenwoche“ sprach ...

Was sich in den letzten Wochen ereignete, gehört zu den ...

Es muß sehr weit mit den hässlichen Ordnungshütern gekommen ...

Trotzdem müßten wir gegen die Rede Severings lästlichen Protest ...

Das beschwichtigt Severing natürlich.

Hungerleibtsmorde bei der Berliner Schupo

mehren sich

Am Mittwoch, dem 15. Oktober 1924, hat sich der Polizeibeauftragter ...

Die Selbstmorde in Berlin häufen sich dort, daß Herr Severing ...

Tägliche Ausbeute der Klassenjustiz

(Eig. Drahtm.) Weimar, 28. Oktober.

Genosse Litzel fand wegen Verlesung des Amtsgerichtes ...

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 28. Oktober.

Das Verfahren gegen 22 Arbeiter, die beschuldigt waren ...

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 28. Oktober.

Nach einer Statistik der „Roten Hilfe“ wurden im Bezirk Chemnitz ...

(Eig. Drahtm.) Mannheim, 28. Oktober.

Wegen der Hungerdemonstrationen im Herbst vorigen Jahres ...

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Oktober.

Aus Münden wird gemeldet, daß das Hochverratsverfahren ...

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 28. Oktober.

Vier Arbeiter, die bei einem Zusammenstoß zwischen Wehrmännern ...

Die „Liga für Wehrlose Rechte“ gegen den Reichsanwalt Rietzhammer

Anlässlich des Prozesses gegen die Organisation „Conjux“ hat die ...

Als Republikanische Organisation gegen uns unserer staatsbürgerlichen Meinung ...

Die Niederlage der SPD. in Hamburg

SPD. 16 Sitze verloren, KPD. 7 gewonnen — Die sozialdemokratisch-demokratische Mehrheit zusammengebrochen

Hamburg, 27. Oktober.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der getrennten Wahlen zur Hamburger Bürgererschaft wurden im Wahlkreis I ...

Die Mandate verteilten sich nach diesem vorläufigen Endergebnis folgendermaßen:

Sozialdemokraten	53	(bisher 69)
Deutschnationale	28	(„ 18)
Kommunisten	24	(„ 17)
Deutsche Volkspartei	23	(„ 31)
Demokraten	21	(„ 23)
Zentrum	4	(„ 2)
Nationalsozialisten	4	(„ —)

Desu kommen noch drei Metereter und zwei Gewerbetreibende. Von den insgesamt 160 Bürgerchaftsmitgliedern stehen nur noch 74 hinter dem bisherigen Senat, der damit seine Mehrheit verliert.

Die Niederlage für die Sozialdemokratie wäre noch verhängnisvoller ausgefallen, wenn nicht der brüderliche Wahlleiter in Einheitsfront von Unternehmern, Volkshilfe und Reichsbanner ...

Das die SPD. die Hamburger Bürgererschaft so freudig begrüßt, ist ein Beweis dafür, wie sehr sie es bedauern sieht, wenn sie

ist. Unsere Genossen müssen dafür sorgen, daß diese Bescheidenheit am 7. Dezember noch größer wird!

Sozialdemokraten und Hafentreuzler Hand in Hand

Besonders jetzt im Wahlkampf behaupten die Sozialdemokraten, daß die Kommunisten und Deutschnationalen zusammenarbeiten, während die Sozialdemokraten allein die Arbeiterinteressen vertreten.

Die Sozialdemokraten sind nicht nur bereit, mit den Deutschnationalen eine Regierung zu bilden, sie machen selbst heute noch Propaganda für die berüchtigten Freikorps.

Brigade Hoffmann

Montag, den 27. Oktober abends 8 Uhr

im großen Saale des Vinzenzhauses

Blonie - Gedenkfeier

Alle alten Kameraden der Brigade sind herzlich eingeladen. Weitergabe der Einladung an Kameraden erbeten

Hoffmann Grütznar

Generalmajor a. D. Major d. R. a. D.

ehem. Brigadekommand. ehem. Kommand. 1. Leib.-Regt. 5

(später Inf.-Regt. 333)

Die Freikorps waren es, die die Arbeiterhilfe gerade in Breslau blutig niederschlugen, die Freikorps waren das Retzungsgewehr der völkischen Verbotsorganisationen und nun unterstützen die Sozialdemokraten die völkischen Freikorps.

Wenn im Reichstage Kommunisten und Deutschnationale aus gerade entgegengelegten Gründen in dem ein oder anderen Falle zusammen gehen die Mittelparteien stimmen, dann erheben die Freikorps-Freunde ein großes Geschrei.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

einer antirepublikanischen Stimmung Ausdruck gegeben hat, die ihn als ungeeignet zur Wahrnehmung der Ämter in einem republikanischen Staatswesen erscheinen lassen muß.

Dieses Telegramm zeigt, daß weit über die Kreise der Arbeiterchaft hinaus die politische Kultur des Staatsgerichtshofes nicht verstanden wird.

Das ist doch wiederholt und zur Genüge bei allen Prozessen zum Ausdruck gekommen.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Neben dem Betschloß des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

„Weimar, den 31. August 1924. Sehr geehrter Herr! Die Dringruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstörps und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark.

20 prozentiger Lohnabbau

Das Preß- und Metallwerk kündigt mit zünftiger Frechheit am 1. November einen Abbau der Arbeiterlöhne um 20 Prozent an.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Die Dresdener Tagung wird nicht viel anderes bringen. Die Vertreter der Länder werden sich darüber einig werden, daß für die Erwerbslosen etwas getan werden muß.

Der Severing-Kunge-Scandal vor dem Stadiparlament

Schwarzweißrot-Schwarzrotgoldene Einheitsfront auf der Flucht - Schupo, Heidentaten" am 11. Mai Magistrats-Scharfmacher hindern Debatte zum Gemeindearbeiterstreik - Die blamorenen Hauspöhsas

Halle, 28. Oktober.

Gestern fand eine Stadterordneten-Sitzung statt. In ihrem Verlauf kam wieder einmal die ganze Heißigkeit des Bürgerblods und seines sozialdemokratischen Anhängels deutlich zum Ausdruck. Die Vorkänge des 11. Mai d. J. in Halle fanden auf Antrag der Kommunistischen Fraktion zur Behandlung. Das war Grund genug für ein launiges Umwölken der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtväter. Standen doch Kunge, Severing und andere Lieblinge der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie vor Gericht.

Einer geradezu nervösen Unruhe bedingte sich der Herr von Bürger-Sozialdemokratenblod, als unter Antrag behandelt werden sollte. Und als Genosse Kilian das Wort zur Begründung ergriff, da erhoben sich wie auf Kommando oder Verabredung die Angelegten, d. h. die Leute vom Bürgerblod und von der Sozialdemokratie und verließen schnurstracks den Sitzungssaal, eilten hinaus in Schwarzweißrot-Schwarzrotgoldener Einheitsfront, nur um die Wahrheit nicht zu hören. Nur ganz wenige bürgerliche Abgeordnete, drei oder fünf, räumten sich weiter auf ihren Plätzen.

Damit schloß die Dringlichkeitsanträge der Kommunisten wegen der Gewerkschaften und des Gemeindearbeiterstreiks nicht dringlich erscheinen, ist selbstverständlich. Na, es sind doch prächtvolle Stadtväter, die Herren vom Bürger-Sozialdemokratenblod. Alles andere kümmert diese Herrschaften, nur nicht der Wille der hallischen Arbeiterkraft. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Sitzungsbericht

In Beginn der Sitzung werden einige Zuschriften, Anfragen und Anträge verlesen. darunter a) ein Antrag des Arbeiterkomitees über das Baugewerbe und des Zimmermeisterverbandes zwecks Aufhebung des eigenen Regiebaues der Stadt; b) ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD, der die Forderungen der Kreislichen Gemeindearbeiter reiflos bewilligt wissen will und c) einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD, zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Schuld an den tödlichen Gewerkschaften in der Burgstraße. (Wir veröffentlichten bereits gestern im Wortlaut die unter b) und c) stehenden Anträge unserer Fraktion. D. Red.) Der Magistrat erwidert die Dringlichkeit der Anträge der Kommunisten nicht an, obwohl selbst die SPD unsere Anträge als dringlich ansahen mit. (Man!)
Sobald man in die eigenartige Tagesordnung ein. Als erster Punkt wird folgender Antrag der Kommunisten behandelt:

Die kommunistische Partei stellt hiermit den Antrag, daß sämtliche Arbeiten, gleich welcher Art, nicht mehr als Pflichtarbeit angesehen werden dürfen, sondern zu tarifmäßigen Löhnen auszuüben werden müssen.

Nachdem Genosse Brümmel den Antrag begründet hat, bezeichnet ihn ein Stadtrat mit zynischer Offenheit als „ausgeschlossen“. Der Stadtrat will zwar anerkennen, daß die Sache nicht richtig ist in der Praxis, aber es ist notwendig nach den Vorschriften des Reichsgesetzes über die Arbeit. Als Genosse Brümmel jetzt nach, daß der Magistrat ja dann die Vorschriften des Reichsgesetzes übertritten habe, daß dieser Tage Streikbrecher 10 Mr. pro Tag erhielten, erklärt der Herr Stadtrat, die Erwerbslosen können dem Magistrat dankbar sein, daß es ihnen überhaupt gestattet ist, zu mehreren Stellen Arbeit zu leisten. Denn der Magistrat habe kein Interesse an den Arbeitern! Der Antrag der Kommunisten wird mit den Stimmen des Bürgerblods abgelehnt.

Der 11. Mai im Stadiparlament

Bereits am 2. Juni d. J. hatte die kommunistische Fraktion folgenden Antrag zu den Vorkängen am 11. Mai in Halle gestellt:

1. Die Stadterordnetenversammlung zu Halle erhebt sich für einen Protest gegen die von den Regierungs- und Polizeioberorganen am 11. Mai in Halle gegen die Arbeiterkraft verübten unerhörten Rechtsbrüche. Sie spricht der preußischen Regierung, die im Landtag durch den Minister Severing die Verantwortung für den Scandal des Verfalls der Arbeiterkraft und die Unterdrückung des Arbeiterkampfes übernommen hat, das tiefste Mißtrauen aus.
2. Die Stadterordnetenversammlung zu Halle beauftragt den Magistrat, unverzüglich Verhandlungen mit der Regierung auszuweichen in der Richtung, daß die von kommunistischen Mitgliedern des Reichstages, die sich als sozialdemokratische Bestände bezeichnen, und arbeitserfährig eingestellter Schupo-Polizei durch Formationen bewaffneter Arbeiter ersetzt wird.
3. Den Angehörigen der durch Organe der Schupo-Polizei widerrechtlich geführten Arbeiter-Veren aus Erlurt, Mittelmann aus Delitz a. B. und händischen aus Lauda bei Leipzig werden die Krankenhäuser für den Scandal des Verfalls der Arbeiterkraft und die Unterdrückung des Arbeiterkampfes verurteilt. Arbeiter in den Krankenhäusern und Erleid des Hofausfalls aus der Stadtkasse gemährt.

Zur Begründung dieses Antrages nahm Genosse Kilian das Wort. Zu Beginn seiner Anklage erde gegen die hallischen und preußischen Polizeibehörden

verlassen die Bürgerlichen und Sozialdemokraten in Einheitsfront den Saal.

Offenbar wollten sie schon im Voraus, daß sie eine Menge unangenehme Wahrheiten zu hören bekommen würden. Genosse Kilian führte folgendes aus:

Am 11. Mai ist von den republikanischen Polizeioberorganen selbst nach bürgerlichem Recht alles Recht und Gesetz mit Füßen getreten worden. So müssen wir uns denn als Kommunisten dafür einlassen, daß zum wenigsten die besonders heftige durchgeführte werden. Am 11. Mai ist ganz offensichtlich von den Polizeibehörden das Recht, d. h. sogar das bürgerliche Recht gebrochen worden. Da dieser Fall bald wieder eintreten kann, wie uns a. S. der 12. und später der 26. Oktober gezeigt haben, ist es unbedingt notwendig, daß zu dieser Frage Stellung genommen wird.

Der 11. Mai war zweifellos eine ungeheuerliche Provokation der Arbeiterkraft von Halle, und U. M. g. e. b. n. g. durch die Zeitung, die besonders heftige durchgeführte werden. Am 11. Mai ist ganz offensichtlich von den Polizeibehörden das Recht, d. h. sogar das bürgerliche Recht gebrochen worden. Da dieser Fall bald wieder eintreten kann, wie uns a. S. der 12. und später der 26. Oktober gezeigt haben, ist es unbedingt notwendig, daß zu dieser Frage Stellung genommen wird.

Während man von Seiten der Schupo große militärische Formationen der Stahlhelmerbanden nach Halle hineinlief, wurden Arbeiter, die als Einzelpersonen nach Halle wollten, am Verlassen der Stadt verhindert.

Arbeiter wurden brutal zurückgehalten, ihnen wurden Spazierstöcke als „Waffen“ beschlagnahmt, die Stragenhahn an der Werberburger Straße wurde nach Arbeitern durchsucht, usw.

Diese Brutalitäten mußten sogar nach dem Recht und Gesetz einer bürgerlichen Republik von der Stadtverwaltung und den Polizeioberorganen von vornherein unterbunden werden. Indes hatten die genannten Organe die Leide

Stöße in den preußischen Minister des Innern, dem Sozialdemokraten Severing.

Der, obwohl Gemeindefürsorge vorausgesetzt waren (das mußte selbst die bürgerliche Presse teilweise anerkennen), den Aufmarsch gegen die Arbeiter gestattet hat. Damit erwieis sich Severing als Hüter und Beschützer der monarchistischen Reaktionen.

So marschieren denn die Arbeiter gegen die Stahlhelmeute auf, die Meetings der Arbeiter unter ihrem Himmel waren verboten worden, so daß die Meetings im „Poltsplatz“ abgehalten werden mußten. Hier ereignete sich das Unerhörte:

Taufende von Arbeitern wurden von morgens 11 Uhr bis abends 12 Uhr von der Schupo, die zweifellos auf höheren Befehl handelte, im „Poltsplatz“ eingeschlossen. Das war nichts anderes als Freiheitsberaubung von Tausenden.

Nicht einmal Kranke wurden aus der Umzingelung herausgelassen. Kunge, Sozialdemokrat seines Zeichens, war für die Entlassenen der Tausende nicht zu sprechen.

Was die heutigen Vorkänge in Hölleberg anbetrifft, so trifft die Schuld ebenfalls nicht die friedlich nach Halle marschierenden Arbeiter, sondern

das provokatörise Verhalten der Schupo.

Es ist zweifellos festzustellen, daß ein Polizeioffizier den ersten Schuß abgab, damit einen Schupo-Kamerader traf. Darauf griff die Polizei die Arbeiter an und

erschlug zwei Arbeiter von hinten.

Die Tatsache, daß wie bei der Obduktion der beiden festgestellt, die Arbeiter von hinten erschossen worden, erwidert die Angabe von den „angreifenden“ Arbeitern am besten. Die Arbeiter haben sich nie mehr auf dem Rückzuge befunden, als die Schupo auf sie schöß. Eine Hauptrolle darin trägt natürlich der Sozialdemokrat Kunge, der seine Kräfte, die aus nichts anderem entstanden sein können, gegen die Arbeiter, die sich in Hölleberg, ähnliche Vorkänge sich ereignet hätten. Die Stadterordneten müssen für die Zukunft solche skandalösen Vorkommnisse ein für allemal unmöglich machen dadurch, daß die Gemeinde selbst die Polizei in ihre Hände nimmt. Nur so wird die Schupo-Gefahr für die Bevölkerung der Stadt vermindert.

Als Genosse Kilian die einwandfreien, protokolllarisch festgelegten Aussagen eines Arbeiters über fürchbare Mißhandlungen der Arbeiter durch die Schupo verliest, erhob sich ein

Entrüstungssturm auf der Tribüne.

Sobald Genosse Kilian geendet hat, erhob sich das Bürgerpad wieder im Stürmschwall. Es spricht nach ein Nationalsozialist, der behauptet, daß zunächst die Wächter nicht an den Vorkängen hätten, dann die Ereignisse in Hölleberg (die Kommunisten rufen dem Wächter zu: „Heil! Heil! Heil! Hindenburg!“) kommen würde, hätten auch sie gerufen. Was die Schupo anbetrifft, so hat sie - vor der Meinung der Nationalsozialisten nach - ihre Pflicht getan. Man müsse der Schupo, und insbesondere dem erschollenen Reichsminister der Post und Telegraphen, ausprechen. Ebenso müssen, so beantragen die Wächter, den verwundeten Schupo-Leuten Entschädigungsgelder gezahlt werden.

Bei der Abstimmung zeigte sich, daß nur die Kommunisten für ihren Antrag stimmten.

Die SPD-Fraktion hatte das Recht gestützt und befand sich im Vorrang.

Für den nationalsozialistischen Antrag stimmte die bürgerliche Einheitsfront von den Demokraten bis zu den Wächtern.

Der Antrag Herold, die Herzbergsteuer ab 1. Nov. auf 10 Prozent zu ermäßigen, wurde nach kurzer Debatte mit Stimmenmehrheit angenommen.

Winnage der Hauspöhsas

Darauf kamen verschiedene Anträge der Fraktion der Haus- und Grundbesitzer zur Behandlung. Stadterordneter Thier er verfuhr, sie zu begründen. Als er jetzt, daß ihm alle seine Vorschläge, nicht er nach und nach alle seine Anträge zurück.

Eine gottlose Blamage!

Für unsere Fraktion sprachen die Genossen Hopf und Kilian, die rüchdigsten die Pläne der Hauspöhsas aufzuheben. Selbstverständlich lehnen wir die Anträge der Hausbesitzer auf die Aufhebung der Wohnungswirtschaft, grundsätzlich ab. Am Gegenüber fordern wir weiteren Ausbau der Wohnungswirtschaft. Daher sollten wir auch den Versuch, den Abbau des Herrn Prof. Heilmann von der Arbeiterkraft vorzunehmen. Unsere Genossen meinen die persönlichen Anwesenheitsberichte Thiers gegen Prof. Heilmann energisch zurück. Das letztere muß denn auch der Magistrat tun.

Als es schließlich zur Abstimmung kommen soll über Thiers Antrag, nicht die alle seine Anträge zurück und

verzichtet, um nicht einen Keimfall zu erleiden, an jede Abstimmung.

Ein schallendes Gelächter auf allen Seiten des Hauses steigert die Blamage der Hausbesitzer noch viel mehr.

Unterstützungen für Arbeitslose, usw.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wird ein Antrag auf Felleinerung der Arbeitslosen (Kartoffeln usw.) behandelt. Er wird begründet mit der ungeheuren, immer größer werdenden Arbeitslosigkeit und der Not der Arbeitslosen. Der Demokrat Minner ist zwar, wie er beleuchtet, der besten Aufstellung über die herrschende Not, indes wird er nichts davon bestimmen lassen, gemacht werden.

Der Magistrat erklärt, die Zahl der Arbeitslosen sei bedeutend zurückgegangen (!) Er erhält die treffende Antwort von den auf der Tribüne befindlichen Arbeitslosen. Wuffe ärgert der Unwille der Tribünenbesucher und

droht, die Tribünen räumen zu lassen.

Für unsere Fraktion sprachen noch die Genossen Freund und Herrmann. Sie gestehen die heutigen Zustände mit klaren Worten.

Schließlich wird mit den Stimmen der SPD, der SPD, und der Nationalsozialisten in U. M. g. e. b. n. g. des Genossen Freund und Herrmann nach dem verheiratete Erwerbslose 3 Jentner Kartoffeln, ausgeführt 5 Jentner erhalten.

Ein Antrag der Nationalsozialisten auf Herabsetzung der Zinsen für den Bau des Reichstagesgebäudes ist abgelehnt, doch 1. der allgemeine Antrag auf 3 Prozent monatlich herabgesetzt werde; 2. der Zinssatz für den Zeitraum bis bisher bestehen bleibe, wird mit den Stimmen der SPD, SPD, und NSDAP. angenommen.

Nun, der Frage, daß die Stadtleitung verbessert werden müßte, um der herrschenden Unfreiheit gegen Abend und des Nachts zu steuern, ist die ganze Versammlung sich vollständig einig. Ein Antrag, die Gewerbe- und Elektrizitätspreise herabzusetzen, wird mit den Stimmen der Antragsteller (den Sozialdemokraten) vom Sozialdemokraten-Bürgerblod dem Verögerungsausschuss, Haushaltungsausschuss genannt, überwiesen. Die Anträge der Kommunistischen Fraktion, wozu auch ein Fabrikanten- und unbefugte notwendige Einrichtungen von Arbeiter- und Arbeiter-Organisationen, die den Magistrat für und für und für, wie er nun einmal ist, damit, daß eben die Vorarbeiten vom Magistrat getrieben werden seien.

Zweites Beratung der ganz oben angeführten Anträge der Kommunistischen Fraktion (betreffend Staats- und Gemeindefürsorge) und die Schuld der Behörden an dem Gesamtlohn) beantragt, eine außerordentliche Sitzung der Stadterordneten einberufen zu werden, um den oben genannten Anträgen eine feste Fassung zu geben, die die kommunistische nach den gesetzlichen Bestimmungen das Recht hat, die Durchführung einer außerordentlichen Sitzung innerhalb dreier Tage zu verlangen, gibt Wuffe trotz des lebhaften Protestes unserer Genossen und sogar der SPD-Fraktion die Erfüllung an: „Das werden wir ja sehen.“

Halle und Saalkreis

heraus zur Werbewoche!

Werbt neue Kämpfer!

7000 proletarische politische Gelangenen liegen in den Kerzern der „freien Republik der Welt“. Mit allen Mitteln verluft die herrschende Klasse, die revolutionäre Korbat des Proletariats zu vernichten. Kein Mittel ist schlecht genug, um die einzige Arbeiterpartei Deutschlands,

Die kommunistische Partei,

nach Möglichkeit vollständig zu vernichten. Diese Verurteilung der Bourgeoisie werden von der Sozialdemokratie nicht nur gebilligt, sondern sogar aktiv unterstützt. Die SPD, fast ihre Linie gegen die revolutionäre Arbeiterkraft ganz konsequent weiter fort. Wie sie im August 1914 und im November 1918 die deutsche Arbeiterkraft brutal niederbrachte, so betreibt sie auch heute noch die Bewe gegen die revolutionäre Arbeiterkraft. Wie Proletariat von „Demokratie“ um, kann diese Zustände nicht erdulden.

Jetzt ist wieder eine neue Welle der Furcht gegen die kommunistische Partei, d. h. die einzige Führerin der arbeitenden Massen, im Anziehen.

Von neuem verurlichen Bourgeoisie und Sozialdemokratie, die SPD, zu vernichten und ihre Anhänger in die Kellern der „demokratischen“ Republik der Welt, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Polizei und Justiz, Arm in Arm mit den Stahlhelmen bürgerlichen und sozialistischer Gendarmen, sind dabei, eine neue ungeheuerliche Regrominierung gegen die Kommunisten zu erzeugen.

Dieser Schläge gilt es zu parieren!

Das kann aber nur dann gelingen, wenn sich auch der letzte Genosse und die letzte Genossin vollständig für die Partei engagieren. Alle Kräfte müssen angezogen werden, um die für die Zeit vom 2. bis 9. November angelehte

Werbewoche

zu einem vollen Erfolg für die kommunistische Partei zu machen. Genossen und Genossinnen!

Seht Euch lehtes dran! Werbt mit der alten, so mit noch verstärkter Energie und Ausdauer

für die kommunistische Partei!

Werbt unermüdblich!

Für jeden gelangenen Soldaten der Revolution müssen 10 neue Kämpfer in unsere Kampfreihen eintreten!

7000 neue revolutionäre entschlossene Kämpfer gilt es für uns zu gewinnen!

Taufende von neuen Abonnenten müßt Ihr in der Woche vom 2. bis 9. November für den „Klassenkampf“ erobern!

Das alles kann aber nur bei intensiver Vorbereitungsarbeit zur Werbewoche erreicht werden. Daher:

Wichtig zur Werbewoche!

Zustimmungswahlen!

Jetzt wird von bürgerlicher Seite angegeben, daß die Wahlen vom 7. Dezember d. J. Zustimmungswahlen sein werden, das man mit allen, auch den brutalsten Terrormethoden gegen die kommunistische Partei vorzugehen gedenkt. Den Herrschaften ist es zu leicht in die Knochen gefahren, daß am 7. Dezember sich eine Millionenarmee von Klassenfeindlichen Arbeitern hinter die kommunistische Partei stellen wird. Da heute und einzig und allein die K. P. eine konsequente Arbeiterpolitik durchgeführt hat, erkennen die Arbeiter, Angestellten und Beamten immer mehr, wo die einzige Arbeiterpartei zu finden ist.

So verluft denn die Bourgeoisie und ihre Sozialdemokratie, die K. P. gewaltig zu unterdrücken. Doch aber das eine bürgerliche Zeitung mit zynischer Offenheit zugibt, kommt selten vor. Die „Allgemeine Zeitung“ schreibt am Sonnabend unter der Überschrift: „Weitere Kommunistenverhaftungen“ folgendes:

Das Vorgehen der Behörden gegen die kommunistischen Heißhansabgeordneten hat sich jetzt auch auf das Reich ausgedehnt. So wurde am Mittwoch der Reichstagsabgeordnete Peter Maslowitz, der in Weiskalen gewählt war, von der württembergischen Kriminalpolizei in Stuttgart verhaftet. Das gleiche Schicksal erlitten die kommunistischen Vertreter des Wahlkreises Württemberg-West, Eugen Opplein, in Bremen. In Berlin fanden weitere Verhaftungen in den Wohnungen verhafteter kommunistischer Abgeordneter statt, so u. a. bei Scholten und Eißler, die wie alle übrigen noch immer flüchtig sind.

Der heftige kommunistische „Klassenkampf“ bringt viele Vorkänge in einem wütenden Zeitritzel: „Zustimmungswahlen“.

So ganz unrecht hat der „Klassenkampf“ nicht: Wer kommunistisch wählt, wählt das Junkthaus! Die brutale Offenheit der Bourgeoisie muß, rüchdigsten angeprangert werden. Jeder Arbeiter muß endlich erkennen, um was es geht. Inlere Woche ist, wie die Kommunisten förmlich schon längst behauptet haben, die Wahlzeit für die Festlegung der 7000 proletarischen politischen Gelangenen, stimmt für die Revolution des Proletariats!

Aus den Betrieben und Werkstätten



Was gehört zur Führung eines Wahlkampfes?

Eine rührige, durchorganisierte Betriebszelle!

Die Wirkungen unserer Betriebszellenarbeit auf die Unternehmer

Das Unternehmertum hat gegen die Betriebszellen alle Mittel der Unterdrückung in Anwendung gebracht. Es wirft jeden Arbeiter, der irgendwie bei der Arbeit für die Betriebszellen gefaßt wird, aus Straßenspalt. Die gutbezahlten jungen Leute der Kapitalisten, die sich noch Deutsche Regierung nennen, stellen die Mittel des Staates zur Unterdrückung der Betriebszellenarbeit zur Verfügung. In die Großbetriebe werden Spione, die von dem Gewerkschaftsleiter beauftragt werden, und Kriminalbeamte in großer Zahl hineingeworfen, die nur den Zweck haben, die Betriebszellenarbeit und Kontakte auszulöschen, damit diese erloschen werden. Einzelne Sandkorn der Unternehmerrände haben aber die Arbeiterbewegung kühnert umfassen gelernt, daß mit Gewalt eine Bewegung nicht unterdrückt werden kann. Sie verfolgen die Arbeiter mit kleinbürgerlichen Mitteln einzufangen. So hat denn einer dieser Unternehmerrandkorn folgende Mittel angewandt, mit dem er glaubt, die Arbeiter den aufstehenden Einflüssen der Betriebszellenarbeit zu entziehen. In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ empfiehlt er folgendes Mittel: Er schreibt:

„Eiternade, gute Unterhaltungen durch Musik und belehrende Vorträge; gelegentlich zur Fortbildung auf technischem Gebiet, Abendkurse zur Berufsvorbereitung der Ausbildung und — was das wichtigste ist — geeignete berufliche Unterweisung durch ein objektiv geleitete, nach sachlichen Gesichtspunkten zu wählende und unparteiisch arbeitende Lehrkräfte. — Das alles sind die Wege, aus denen der Erziehung gewonnen werden kann. Aber nicht nur er, auch seine Familie muß an dieser Erneuerung teilnehmen, und sie tut es gern. Werkveranstaltungen mit Musik und Kinovorträgen, aufklärende Anreden und Theateraufführungen, bei denen die Berufsjugend mitwirkt, sind sehr geeignet, dieses große Ziel zu fördern.“

Das sind also die Mittel, mit denen die Arbeiterkämpfe eingeleitet werden sollen. Für die Familie patriotische Lieder und Kino, für die Jugend Theaterstücke. Doch damit soll nicht nur die Betriebszellenarbeit bekämpft werden, sondern der kapitalistische Verstand kommt hier herab. Beliehende Vorträge über Produktionsmethoden und dergl. sollen nur dazu dienen, die Antipathie der Arbeit gegen den Kapitalisten, d. h. bei nichtstehenden Arbeitern die Vermehrung des kapitalistischen Profits. Die Arbeiter müssen aus dieser Lektüre folgende Lehren ziehen:

1. Daß die Betriebszellenarbeit ein wichtiges Instrument der Arbeiterkämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung ist.
 2. Daß die Unternehmer erkennen, daß sie mit Mitteln der Gewalt gegen die Arbeit der Betriebszellen nicht aufkommen können.
 3. Daß die sogenannten Wohlfahrtsanstalten der Unternehmer nur dazu dienen, die Arbeiter von ihren Interessen abzurufen.
- Wenn jetzt die Unternehmer in den nächsten Wochen und Monaten mit Unterhaltungen, Werksabenden oder, wie sie die Dinger taufen, herortreten, dann wissen die Arbeiter, zu welchen Zwecken diese Veranstaltungen dienen sollen. Die Antwort unserer Betriebszellen auf diese neue Methode der Unternehmer muß sein: **doppelte Arbeit!**

Spielereisfabrik D. Barth

Reite Zustände herrschen in der halloischen Spielereisfabrik D. Barth, Lurmitzstraße 4. Der Raum, in dem mittunter 80 junge Mädchen beschäftigt waren, ist nicht viel größer als eine Stube und höchstens 2 1/2 Meter hoch. Dort war das Angestrichelte so maulenhaft vorhanden, daß Föhnpulver geteilt wurde. Ja, sogar die Arbeiterinnen, welche mit einer Ungeheuresgröße eingepreist wurden. Seit den letzten drei Wochen liegen nun die Arbeiterinnen haufenweise auf der Straße. Wer nicht freiwillig ging, wurde betäubt. Schimpfworte wie: Kindisch, Karline, Träne, Duffelstiele, Trantante usw. waren an der Tagesordnung. Am 20. Oktober wurden wieder sieben Arbeiterinnen entlassen, weil sich eine als Demontagen ergeben hatte. Sie hatte aber nicht viel erreicht, denn am selben Tage bekam auch sie die Papiere. Als nun am Freitag, dem 24. Oktober, sich die sieben Arbeiterinnen ihren Lohn holen wollten, jagte der Meister Schnerz, daß sie ihren Lohn noch nicht bekommen könnten, weil die Sade erst ausgeliefert werden müsse.

Es wird schon nur zwei Tage geachtet für den horrenden Lohn von zwölf Pfennig pro Stunde. Für die Regel wurde in der letzten Woche der Afford eingeführt, sie bekamen pro Kilogramm 45 Pfennig. Zu einem Kilogramm gehören 400 bis 420 solche kleinen Hölzer, welche auf zwei Seiten benagelt werden müssen. Es wurden Grobheiten zu hören. Tränen wurden beim Afford noch nicht der Lohn verdient, wie ihn die 12-Pfennig-Arbeiterinnen hatten.

Es ist Sade des Gesundheitsamtes und der Gemeindepolizei, sich einmal um den Betrieb zu kümmern.

— Eine Arbeiterin.

Wertsparende Adler-Kali, Oberrödingen a. See

Ein Paradies für Arbeiter sind die Adler-Kalimere, Oberrödingen am See. Die Hälfte im Jahre brauchen die Arbeiter nicht zu arbeiten, denn da müssen sie Kurarbeit verrichten, und zwar drei bis fünf Tage pro Woche. In der Zeit haben die Arbeiter das Hungern und Dursten gelernt. Die Aufsichtung kommt der Herr Grubeninspektor W. u. m. e. n. t. h. zu haben, denn die Arbeitslohnzahlungen gegenüber dem Frühjahr (vor den Feiertagen) hat er wochenlang um ein Fünftel gekürzt, damit es den Proleten nicht zu wohl wird — Jede nicht. Der Inspektor scheint es zu wissen, daß die Lebensverhältnisse gegenüber dem Frühjahr so geworden sind. Das ist aber, glaube ich, zu entschuldigen, denn der Herr wohnt ja abseits der Wälle und merkt bei seinem Gehalt die steigende Teuerung nicht. So Prolet, sie kommt Du auch dazu, mit Deinem fünflichen Gehalt zu verweiden, zu leben, daß Du höchstens ein Pfennig zum Afford noch nicht der Betrag wieder hungern müßt. Auch die Arbeiter sind durch die Feiertage in ein gutes Unbehagen. Als der Afford die Feiertage aufgehoben wurden, machte er durch Auszahlung bekannt: Diejenigen fürderste, die nicht 10 Prozent über Schichtlohn verdienen, werden gefälligst. Das Gehalt ist aber zum größten Teil so gering, daß bei menschlicher Arbeit ein Schichtlohn

nicht verdient werden kann. Der Profit des Kapitals muß gedeckert werden, dafür haben die Arbeiter zu sorgen, wozon sie auch ausgiebig Gebrauch machen. Aber ob der Arbeiter in den Feiertagen sein tägliches Brot hatte, danach haben sie nicht gefragt. An die Not des Arbeiters glauben die Herren nicht. Meinen Sie, Herr Inspektor, der Prolet nimmt zum Vergnügen Feiertage ab, oder röhrt die Arbeiter zum Frühstück mit? Wer nach der Meinung der Beamten nicht genügend leidet oder sich mal verdammt, der wird schikaniert und geprügelt, daß ihm die Galle überläuft. Käst er sich nicht abtanzeln wie ein Schwein und legt den Herren die Meinung, der wird auf das Straßenspalt geworfen und wenn er noch so viel leidet. Das hat Herr doch an dem letzten Fall zu sehen. Der Prolet kann nun verhungern im Feld umkommen, danach wird nicht gefragt. Hauptlich, die Herren können sich ihren Luxus leisten (Radioapparate usw.). Wie geht es nun mit den hygienischen Einrichtungen usw. aus. 3. Die Badeeinrichtungen? Da fehlt meistens das Wasser. Es sind ja auch nur Arbeiter, die können ungewaschen nach Hause gehen. Die Worte spottet jeder Schreibung. Der Kadaverhaufen ist nicht verwahrloset und ohne Wert der Prolet kann ja Hals und Beine brechen und sein bißchen Eigentum geblieben werden, Hauptlich, das Wert hat seinen Schaden, und so könnten noch mehrere Fälle aufgeführt werden. Heute glauben sich die Herren auf dem hohen Pferd, aber es kommt die Stunde der Abrechnung. Arbeiter, wie lange wollt Ihr Euch noch schikaniert lassen? Tagelöhner und Heilich Euch schamen, lag den Herren den schärfsten Klassenkampf an und geht ihnen am 7. Dezember die richtige Antwort.

Grube Altscherben

Zu dem Bericht über die Grube Altscherben bittet uns der Arbeiter Popenhaußen mitteilen, daß er nicht Mitglied des Stahlheims und seit zwei Jahren nicht Mitglied des Betriebsrats ist. Wir haben in unserem Bericht der Arbeiter Popenhaußen nicht erwähnt, sondern von einem Betriebsrat Popenhaußen gesprochen.

Gewerkschaftsbewegung

Demagogie oder Dämlichkeit

Die Kommunistische Partei führt eine starke Propaganda für den Eintritt in die Gewerkschaften. Die Erfolglos der Kampagne, die den Gewerkschaften einen großen Teil neuer revolutionärer Mitglieder zugeführt hat, ist den reformistischen Gewerkschaftsführern natürlich unangenehm. Bezeichnend die Gefahr für sie, daß durch die neugewonnenen Gewerkschaftsmitglieder ihrer reformistischen Politik ein Ende gemacht wird. Der Schluß des Zentralausschusses, der allen Parteimitgliedern zur Kenntnis macht, Mitglied einer freien Gewerkschaft zu sein, andererseits ist aus der Partei auszuschließen haben, zeigt den reformistischen Gewerkschaftsführern ganz und gar nicht. Er scheint ihnen noch das letzte bißchen Denkfähigkeit zu haben. Kaipret, Gewerkschaftsreduzierer des „Volksblatt“, stützt aus dem Beschluß des Zentralausschusses folgende Stelle:

Der Zentralausschluß der AFD erklärt: Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der K. P. verpflichten alle Mitglieder der Kommunistischen Parteien zur Mitgliedschaft und zur revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften. Nur durch eine zähe und zielklare revolutionäre Aufklärungs- und Organisationsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften kann der Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung, der hauptsächlich merkwürdigen kommunistischen Befreiungskampf, überwinden werden.

Dazu schreibt nun Kaipret:

„So, nun weiß man es, nicht die Unternehmer, die die Löhne drücken und die Arbeitszeit verlängern, sind der Hauptfeind im proletarischen Befreiungskampf, die Deutschnationalen, die Juridikologen zur Monarchie des Brotwachers und des Militärars, nicht die Wöllichen, die den Militärakt aufdrücken wollen und um Kennzeichnung treiben, nicht die schwerindustriellen Volkspartei, sind der Hauptfeind der proletarischen Befreiungskampagne, sondern die sechs Millionen freigezwungenen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die den kommunistischen Klamauk, ihren Parolenwindel, ihre Fälscherzentralen, ihre illegalen Putschpläne ablehnen und seit auf dem „reformistischen“ Boden der Sozialdemokratie stehen, die sind der „Hauptfeind“ oder „Hauptwiderstandspunkt“ der proletarischen Kommunisten.“

Die meisten Arbeiter erhalten sehr wertvolle Eingangsbriefe. Er stellt fest, daß die Unternehmer, die Deutschnationalen, die Wöllichen und die schwerindustriellen Volksparteier die Feinde des Proletariats sind. Eine sehr wertvolle Feststellung, an deren Richtigkeit niemand zweifelt. Nur Kaipret hat eins dabei dazugesetzt, daß die Sozialdemokratische Partei und Reichstagsfraktion, die der ganze Anhang sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer ist, heute noch grundsätzlich bereit sind, mit diesen Feinden der Arbeiterkämpfe eine Regierung zur Durchführung der Dames-Gesetze zu bilden. Kaipret hat hier jeder Partei einen sehr üblen Dienst erwiesen. Selbst im Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei wird ja der „Antibolsch“ gefordert. Was ist der Feindbolch nach Ansicht der Sozialdemokraten? Eine Koalition von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Sagen aber nicht in der Demokratischen Partei und dem Zentrum auch Unternehmer, also Feinde der Arbeiterkämpfe? Gottlieb auf dem Drehscheibel.

In einem Kommunistenheft kann Kaipret nicht lesen. Er zitiert selbst aus dem Beschluß des Zentralausschusses, daß „der Feindbolch in der Gewerkschaftsbewegung der Hauptfeind im proletarischen Befreiungskampf“ ist. Und in seinem Kommentar schwindelt er drauf los, daß für die „wichtigste moskowitzischen Kommunisten“ die sechs Millionen freigezwungenen Arbeiter, Angestellten und Beamten der Hauptfeind seien. Was jeder Junge von 14 Jahren, der in die Jugendbewegung eintritt, weiß, daß der Reformismus und der Gewerkschaftsbolch zwei grundverschiedene Sachen sind, das weiß Gottlieb Kaipret nicht. Höher kann die Dämlichkeit wohl wirklich nicht gehen. Damit Gottlieb sich aber in Zukunft vor seinen Lesern nicht noch mal blamiert, geben wir ihm einen kleinen Unterricht.

Für die Arbeiterkämpfe sind die Agenten der Unternehmer im eigenen Lager viel gefährlicher und viel größere Feinde als die feindlichen Parteien. Diese werden in der Gewerkschaftsbewegung die reformistischen Gewerkschaftsführer, zu denen auch Kaipret gehört. Diese reformistischen Gewerkschaftsführer können sich heute nur noch an die Führung der Gewerkschaften halten, weil ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder heute noch reformistisch denkt und in dem Glauben von den Sozialdemokraten noch befangen ist. Für die vorwärtsdrängende Arbeiterkämpfe ist also der Reformismus als Auffassung mit der Hauptfeind, da nur durch den Feind des Bourgeoisie ermöglicht wird, ihre Agenten im Arbeiterlager halten zu können. Der Kampf der Kommunisten in den Gewerkschaften geht also nicht gegen die Gewerkschaftsmitglieder, sondern gegen die reformistische Führung, die die meisten heute noch haben. Darum kämpfen wir Kommunisten in den Gewerkschaften. Und soll es nicht möglich sein, einen großen Teil der Gewerkschaftsmitglieder zu bringen? Hat Kaipret denn keine Ansicht und Ueberzeugung nicht schon mehrere Male geändert?

Das Gesetz und die Schwindelgeschichten, die die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratische Führung die Arbeit der Kommunisten erheben, zeigt uns, daß unser Taktik in der Gewerkschaftsfrage die richtige ist, daß unsere Taktik zur Niederschlagung des Reformismus in den Gewerkschaften beiträgt und daß unsere Erfolge den reformistischen Gewerkschaftsführern, was gleichbedeutend ist mit dem Unternehmertum, geschädigt werden.

Unternehmer-Alarm gegen den Lohnkampf

(Gewa.) Im ganzen Reich, in allen Industrien flammern als Wollenerregung unangähliche Streiks und Lohnbewegungen auf. Unter dem Druck der mehr und mehr in Bewegung geratenden Arbeiterkämpfe sieht sich die Gewerkschaftsbureautik gezwungen, die bestehenden Lohnsätze zu künftigen, dem Streikwillen der Arbeiter zu bestimmen.

Die Forderung dieser Klassenbewegungen ist den Unternehmern in allen Klassen gefahren, denn das Gebühre ihrer Erfüllungspolitik muß dabei unweigerlich ins Wanken geraten. Der Dames-Plan ist zwar angenommen, aber damit hat sich die Lage der deutschen Bourgeoisie noch um kein Not gebessert. Ihre Erfüllungspolitik ist davon abhängig, daß sie ihre Konturenfähigkeit auf dem Weltmarkt wieder gewinnt. Die Bourgeoisie hoffte das durch die Erreichung der Höhe der Arbeiter entwerben direkt durch Lohnabbau oder indirekt durch Steigerung der Preise der lebensnotwendigen Bedarfsgegenstände fests. Die Lohnkämpfe der Arbeiter aber durchzuführen das Mandat. Durch die gekamte Unternehmerpresse gehen sich Alarmrufe gegen die Lohnbewegungen. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Vereins deutscher Arbeiter- und Stahlbauarbeiter schreibt die „Berliner Arbeiterzeitung“ vom 21. Oktober 1924:

„eine generelle Erhöhung der Löhne nicht nur jeden Versuch zur Geltung der Lohnbewegungen in London, Berlin, Amsterdam, Brüssel, Antwerpen, sondern auch eine Gefahr für unsere Währungsstabilität bedeute.“

Auf dieselbe Tonart ist die gekamte Presse der Schwerindustrie abgeklammert. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ Nr. 42 vom 19. Oktober verliert vor der Regierung, daß sie dazu beitragen,

„um nicht nur eine Stabilisierung, sondern sogar den Abbau der Entlohnung zu fördern.“

Sie verlangt weiter, daß die bisherigen wöchentlichen Veröffentlichungen der Industrieämter einzustellen seien, um nicht immer wieder Anlaß zu neuen Lohnforderungen zu geben. Die „Kölnische Zeitung“ vom 19. Oktober schreibt zum Schluß eines Artikels „Juridikalität im Lohnkampf“:

„Es ist zu hoffen, daß das Reichsarbeitsministerium bei Entscheidung dieser Fragen (Neuregelung der Löhne) die drohenden Gefahren nicht erkennt und sich nicht in die Vermählungen der anderen Ministerien entgegenkommen eine Erhöhung der Kaufkraft durch eine Senkung des Preisniveaus zu erzielen.“

Die Internenpresse betreibt also eine großartige Mobilisierung gegen den Lohnkampf der Arbeiterkämpfe. Sie sieht durch die erwachende Aktivität der Arbeiterkämpfe ihr wackeliges Geschäftsgebäude bedroht und fordert von der Regierung energische Abwehrmaßnahmen.

Das Verhalten der Unternehmer zeigt deutlich, die revolutionäre Bedeutung der letzten Lohnkämpfe. Noch tragen sie sporadischen Charakter, noch beschränkt sich der Kampf der Arbeiter auf kleine, getripelte Einzelaktionen, aber schon beginnen auch die großen, ausfallenden Arbeitergruppen in die allgemeine Lohnbewegung einzugreifen. Die Eisenbahner haben die Lohnsätze gekündigt, ebenso die Bergarbeiter. Die Eisenbahner stehen zum ersten Male mit ihren Forderungen den Dames-Kommissionen gegenüber. Es hat sich, daß die Eisenbahner die Dames-Kommissionen ihrer Komplikationen nach sich ziehen muß. Die gekamte Arbeiterkämpfe muß sich darauf einstellen, muß vor allen Dingen dem Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer gegenüber die größte Wachsamkeit an den Tag legen. Denn bei den ersten Ansätzen kritischer, politischer Zuspitzungen der Lohnkämpfe werden sie den Abwehrkampf der Arbeiter erschaffen. Die Position der Bourgeoisie nicht zu gefährden. Die Antwort des Dames-Plan auf die Gothaer Forderungen ist bereits die offene Kampfanlage gegen eine einheitliche proletarische Umverteilung. Die Arbeiterkämpfe muß sich deshalb in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Garantien schaffen, die sie gegen alle Versuche der reformistischen Führer, die Forderungen zu sabotieren, liefert. Das Gothaer Programm muß das Scheitern der Arbeiterkämpfe verhindern, die Arbeiter müssen von den Betriebsräten und örtlichen Gewerkschaftsinstanzen klare Stellungnahme fordern und unerbitlich gegen diejenigen vorgehen, die sich auf die Seite der Saboteure vom Schläge eines Ernst Schulse stellen und sie erziehen durch zuverlässige Funktionäre, die gewillt sind, den Kampf mit allen Mitteln gegen alle Widerstände durchzuführen. Die Internenpresse alarmiert die Bourgeoisie und ihre Hilfstruppen. Sie sieht an zu einem neuen verhängnisvollen Gegenstand der Arbeiter. Der Gegenwärtigkeit der Bourgeoisie muß die Arbeiterkämpfe deshalb den verstärkten Aufmarsch zu einer einheitlichen Abwehrfront entgegenlegen. Der Kampf um das Gothaer Programm muß entgegen allen reformistischen Anfeindungen die Lösung dieses Abwehrkampfes sein.

Papierarbeiter Deutschlands!

Die vereinigte Direktion der Papierfabriken Karzin, Hammesmühle und Rathsbammisch sucht in der Beschäftigung der Unternehmer „Rafschinensführer, Kalanderschnneider usw. besserer Qualität.“

Briefe der Direktion an die Behörden sind uns in die Hände gefallen, worin man den Behörden beteuert, daß man keine Aufträge habe, um die Arbeiter vollauf zu beschäftigen.

Wir warnen hiermit noch einmal alle in- und ausländischen Papierarbeiter, Rafschinensführer usw. kein Arbeitsangebot für Rathsbammisch anzunehmen.

Die von der Direktion an die Behörden gerichteten Briefe werden im „Proletariat“ veröffentlicht.

Gaueltung des Fabrikarbeiterverbandes, Stettin, Gr. Oberstr. 18/20.